

Mehrheit für Bad Berkaer Haushalt diesmal im ersten Anlauf

Michael Grübner
Aktualisiert: 17.11.2020, 16:00

BAD BERKA. Nach ausführlichen Debatten und sechs erfolgreichen Änderungsanträgen stimmt der Stadtrat dem Zahlenwerk geschlossen zu.



Ein Konzept zum besseren Schutz vor Hochwasser in der Kurstadt (wie hier im Mai 2014) fand kurzfristig Aufnahme in den Haushalt.
Foto: Stefan Eberhardt

Der Haushalt der Kurstadt für das kommende Jahr steht: Der Stadtrat votierte in seiner Sitzung am Montagabend im Zeughaus einstimmig für das von Bürgermeister Michael Jahn (CDU) und der Stadtkämmerei erarbeitete Zahlenwerk zu. Es gab eine lange Debatte und einige erfolgreiche Änderungsanträge, aber kein Scheitern im ersten Anlauf wie vor einem Jahr. „Die Gewitter haben Früchte getragen“, schlussfolgerte der Fraktionsvorsitzende von Freier Wählergemeinschaft und Grünen, Matthias Münz. Er und seine Mitstreiter hatten im vorigen Jahr erst nach Kürzungen im Verwaltungshaushalt zugestimmt, diesmal standen sie ohne einen einzigen Änderungsantrag hinter dem vorgelegten Entwurf. „Jede Fraktion kann Teile ihres Wahlprogramms in diesem Haushalt wiederfinden“, betonte Jahn, als er den Etat vorstellte.

Zwei zusätzliche Posten brachte die Fraktion Die Linke/SPD als Investitionen im Vermögenshaushalt unter: Fraktionschef Udo Nauber argumentierte erfolgreich für eine Ausstattung des Zeughauses mit moderner Konferenztechnik im Wert von 15.000 Euro – unter anderem mit dem Hinweis, dass sogenannte „liquide Veranstaltungen“ auf Online-Basis sowie die Möglichkeit der Übertragung von Stadtratssitzungen ins Internet damit besser möglich sind. Zudem wird die Stadt 10.000 Euro für die Planung des Parkplatzes an der Einmündung der Harlache in die Hetschburger Straße aufwenden – Ziel ist es, diese Fläche besser zu befestigen und zu kennzeichnen sowie die Ausfahrt sicherer zu machen.

Auf relativ breiten Konsens traf auch ein Vorschlag aus der Fraktion Bürgerinitiative (BI) „Pro Bad Berka“: Sie beantragte 25.000 Euro für das Erstellen eines Hochwasserschutzkonzeptes, das den veränderten Bedingungen Rechnung tragen soll, die durch die geplanten Projekte zum Hochwasserschutz in Gutendorf und Tiefengruben entstehen.

Die BI zur Senkung der Kommunalabgaben erreichte einen Sperrvermerk für den Haushaltsposten zum Straßenausbau der zweiten Zufahrt zur Zentralklinik vom nördlichen Ortseingang her. Diese 319.000 Euro sind erst nach erfolgreichem Planfeststellungsverfahren freigegeben. Die Skeptiker im Stadtrat befürchteten vor allem, dass sich dafür keine Fördermöglichkeit findet. Auch die Haushaltsstelle für die Erschließung des Wohngebietes „Am Sandwege“ in Höhe von 1.334.800 Euro bekam einen Sperrvermerk und wird erst nach Eingang der Einnahmen aus Grundstücksverkäufen wirksam. Im Haushalt wird zudem vermerkt, dass 15.000 Euro aus dem Posten für Bebauungsplan-Kosten in die Erstellung von Außenbereichs-Satzungen fließen – auch das auf Anregung der Kommunalabgaben-BI.

Keinen Erfolg hatte Kerstin Pölzing von der Fraktion Frei-Aktiv-Bürgernah/Münchener Initiative (FAB-MI) mit einer Last-Minute-Initiative, 200.000 Euro, die der Haushalt für eine Sondertilgung von Schulden des Eigenbetriebes Kommunale Wohnungen (EKW) vorsieht, stattdessen für den Bau dringend benötigter Parkplätze am Wohnblock unweit der Sophienheilstätte in München zu verwenden. Die Lösung dieses Problems steht somit weiter erst für 2022 auf dem Plan.

Die Beschlüsse im Kurz-Überblick

Wohnbaugebiet „Auf dem Gehren“ in Tannroda: Beschlossen wurde das Bauprogramm für die Straße durch das künftige Wohnareal am südwestlichen Rand von Tannroda. Die Fahrbahn soll 5,80 Meter breit und asphaltiert sein, eingefasst mit Rundborden und Rinnensteinen sowie mit Abwasser-Trennsystem ausgestattet.

Straßenreinigungsgebühren: Für fast alle Bad Berkaer Haushalte gibt es ein „Weihnachtsgeschenk“ der Stadt. Bei Bearbeitung von Widersprüchen gegen frühere Gebührenbescheide musste die Verwaltung Meterzahlen korrigieren und die Gebühren von 1,92 auf 1,61 Euro pro Jahr und laufendem Meter Straßenfront senken. Zu viel gezahlte Gebühren seit 2017 werden jetzt zurückerstattet – für ein Grundstück mit 40 Metern Straßenfront ein Betrag von knapp 50 Euro.

Neue Bauhof-Halle: Die Kostenfeststellung für das Objekt in der Hexenbergstraße wurde in den Bauausschuss zurückverwiesen.